

Verwaltung

Frau Stadtkämmerin Gabriele C. Klug

Herr Stadtdirektor Guido Kahlen

Frau Beigeordnete Ute Berg

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

Herr Beigeordneter Prof. Georg Quander

Herr Hans-Jochen Hemsing als Vertreter des Rechnungsprüfungsamtes

Schriftführerin

Frau Gabriele van Husen-Arandela

Vertreter verschiedener Ämter

Presse

Zuschauer

- I. Der Finanzausschuss stimmt zu, dass die Tagesordnung um folgende Punkte erweitert wird:

6 Weitere Beschlussvorlagen der Verwaltung

- 6.2 Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln 2012

 Gemeinsamer Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion
 Bündnis 90/Die Grünen betr. Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft
 der Stadt Köln 2012
 AN/1016/2012
- 6.5 Umsetzung des gesamtstädtischen Toilettenkonzeptes
 5293/2011
- 6.6 KölnMusik GmbH
 hier: Betriebskostenzuschuss für die Jahre 2013 ff, Durchführung des
 Festivals "AchtBrücken für Köln" in den Jahren 2013 – 2015
 1989/2012
- 6.7 Beschlussfassungen des Rates im Zusammenhang mit den
 Konsolidierungsvorschlägen der Verwaltung
 2131/2012

7 Bürgerhaushalt 2012 - Umsetzung der Vorschläge

Gemeinsamer Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Bürgerhaushalt 2012 - Umsetzung der Vorschläge (zu TOP 7)
AN/1057/2012

8 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für das Hj. 2012

Gemeinsamer Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2012 (zu TOP 8)
AN/1030/2012

Gemeinsamer Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2012 - Veränderungsnachweis 5 (zu TOP 8)
AN/1025/2012

Gemeinsamer Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Kulturförderabgabe (zu TOP 8)
AN/1020/2012

Änderungsantrag der CDU-Fraktion betr. Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für das Hj. 2012
AN/1021/2012

Änderungsantrag der FDP-Fraktion betr. Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für das Hj. 2012
AN/1031/2012

9 Stellenpläne

9.5 Stellenübersicht und Stellenplan der Beamtinnen und Beamten der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln für das Jahr 2012
5175/2011

II. Auf Vorschlag des Ausschussvorsitzenden soll die ausführliche Diskussion über den Tagesordnungspunkt

8 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für das Hj. 2012

nicht wie in der Tagesordnung vorgesehen, sondern bereits zu Beginn der Sitzung vorgenommen werden.

Der Finanzausschuss ist mit diesem Verfahrensvorschlag einverstanden.

Anmerkung: Die Protokollierung erfolgt in der Reihenfolge der Tagesordnung.

III. Der Finanzausschuss legt die Tagesordnung wie folgt fest:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2012**
- 2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 3 Neue Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 4 In die Hpl.-Beratung verwiesene Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
 - 4.1 Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion betr. Budgeterweiterung für Mitternachtssport
AN/0484/2012
 - 4.2 Antrag der Fraktion pro Köln betr. Kürzung der Fraktionszuwendungen um 50 Prozent
AN/0006/2012
 - 4.3 Änderungs- bzw. Zusatzantrag der LIGA betr. Umsetzung des Tarifvertrages für die Beschäftigten des Sozial- und Erziehungsdienstes
- 5 In die Hpl.-Beratung verwiesene Beschlussvorlagen**
 - 5.1 Vergabe der Strukturförderung im Filmbereich, Haushaltsjahre 2012 - 2014
3226/2011
 - 5.2 Erstmalige Vergabe von Konzeptionsförderung in der Sparte Freier Tanz, Hj. 2012-2014
4185/2011
 - 5.3 Kölner Haus der Innovationen
hier: Gründungsprozess
4514/2011
 - 5.4 HyCologne - Wasserstoff Region Rheinland e. V.
hier: Mitgliedschaft der Stadt Köln
4564/2011

- 5.5 Hochschulgründernetz Cologne e.V. - hgnc
hier: Mitgliedschaft der Stadt Köln
4565/2011

6 Weitere Beschlussvorlagen der Verwaltung

- 6.1. Haushaltsplan-Entwurf 2012
Festsetzung der bezirksbezogenen Haushaltsmittel nach § 37 Abs. 3 GO
NRW
2471/2011

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke betr. Festsetzung der bezirksbezo-
genen Haushaltsmittel nach § 37 Abs. 3 GO NRW für das Hj. 2012
AN/ 1844/2011

- 6.2 Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln 2012
5278/2011

Gemeinsamer Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen betr. Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln
2012
AN/1016/2012

- 6.3 Abführung an den städtischen Haushalt für 2012
5279/2011

- 6.4 Wirtschaftsplan der Bühnen der Stadt Köln für die Spielzeit 2011/12
1759/2012

- 6.5 Umsetzung des gesamtstädtischen Toilettenkonzeptes
5293/2011

- 6.6 KölnMusik GmbH
hier: Betriebskostenzuschuss für die Jahre 2013 ff, Durchführung des Festi-
vals "AchtBrücken für Köln" in den Jahren 2013 - 2015
1989/2012

- 6.7 Beschlussfassungen des Rates im Zusammenhang mit den Konsolidierungs-
vorschlägen der Verwaltung
2131/2012

7 Bürgerhaushalt 2012 - Umsetzung der Vorschläge

1838/2012

Gemeinsamer Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen betr. Bürgerhaushalt 2012 - Umsetzung der Vorschläge (zu
TOP 7)
AN/1057/2012

8 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für das Hj. 2012
2171/2012

Gemeinsamer Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2012 (zu TOP 8)
AN/1030/2012

Gemeinsamer Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2012 - Veränderungsnachweis 5 (zu TOP 8)
AN/1025/2012

Gemeinsamer Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Kulturförderabgabe (zu TOP 8)
AN/1020/2012

Änderungsantrag der CDU-Fraktion betr. Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für das Hj. 2012
AN/1021/2012

Änderungsantrag der FDP-Fraktion betr. Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für das Hj. 2012
AN/1031/2012

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke betr. Veränderungsnachweis zum Haushalt 2012
AN/1013/2012

9 Stellenpläne

9.1 Stellenplan für das Jahr 2012
0011/2012

9.2 Stellenplan der Bühnen der Stadt Köln für das Kalenderjahr 2012
4981/2011

9.3 Stellenplan des Gürzenich-Orchesters Köln für das Kalenderjahr 2012
5141/2011

9.3.1 1. Veränderungsnachweis zum Stellenplan des Gürzenich-Orchesters Köln für das Kalenderjahr 2012
1718/2012

9.4 Stellenplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für das Jahr 2012
5212/2011

9.5 Stellenübersicht und Stellenplan der Beamtinnen und Beamten der Gebäude-
wirtschaft der Stadt Köln für das Jahr 2012
5175/2011

10 Mündliche Anfragen

Anmerkung:

Da für diese Niederschrift aufgrund technischer Probleme keine vollständigen Tonaufzeichnungen über die Inhalte der einzelnen Redebeiträge zur Haushaltssatzung vorhanden sind, konnten diese nur eingeschränkt protokolliert werden.

I. Öffentlicher Teil

- 1 **Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2012**
- 2 **Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 3 **Neue Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 4 **In die Hpl.-Beratung verwiesene Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 4.1 **Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion betr. Budgeterweiterung für Mitternachtssport
AN/0484/2012**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den seit 2008 jährlich bereitgestellten Etat zur Förderung des Mitternachtssports auf 120.000,00 Euro anzuheben, damit das erweiterte Sportangebot für Jugendliche auch in Zukunft sichergestellt wird. Die zusätzlichen Mittel, sollen aus dem zur Verfügung stehenden Etat des Projektes "Kids in die Clubs" finanziert werden.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP – **abgelehnt**

- 4.2 **Antrag der Fraktion pro Köln betr. Kürzung der Fraktionszuwendungen um 50 Prozent
AN/0006/2012**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, die aus dem städtischen Haushalt an die Fraktionen erbrachten Geldleistungen und geldwerten Leistungen um 50 Prozent zu kürzen und die gesparte Summe für die Haushaltskonsolidierung zu verwenden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **abgelehnt**

4.3 Änderungs- bzw. Zusatzantrag der LIGA betr. Umsetzung des Tarifvertrages für die Beschäftigten des Sozial- und Erziehungsdienstes

Beschluss:

Für Kindertagesstätten in freier Trägerschaft sind ab dem 01.08.2012 ebenfalls hauswirtschaftliche Unterstützungskräfte im Umfang von je 1 Stunde je Gruppe/Tag kommunal zu finanzieren

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **abgelehnt**

5 In die Hpl.-Beratung verwiesene Beschlussvorlagen

5.1 Vergabe der Strukturförderung im Filmbereich, Haushaltsjahre 2012 - 2014 3226/2011

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat beschließt –vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2012- für das Haushaltsjahr 2012 im Bereich der Filmkulturförderung nachfolgende Zuschüsse zur Strukturförderung zu gewährleisten:

Afrika-Filmfestival "Jenseits von Europa" von FilmInitiativ Köln e.V. 50.000 €

„SoundTrack_Cologne“ von Televisor Troika GmbH 25.000 €

Der Rat beabsichtigt, sofern die Haushaltslage dies erlaubt, die jährliche Zuschusshöhe bis zum Jahr 2014 beizubehalten.

Der Rat beschließt außerdem die Aufhebung der im Filmkulturförderkonzept festgelegten maximalen Zuschusshöhe der neu beschlossenen Dreijährigen Projektförderung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich – gegen die Stimmen der CDU-Fraktion – zugestimmt

5.2 Erstmalige Vergabe von Konzeptionsförderung in der Sparte Freier Tanz, Hj. 2012-2014 4185/2011

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat beschließt – vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2012 - für das Haushaltsjahr 2012 im Bereich des Freien Tanzes nachfolgende Betriebskostenzuschüsse zu gewährleisten:

Kompanie Mouvoir/ Stefanie Thiersch 30.000,- €

Kompanie Silke Z./ Silke Giles 30.000,- €

Der Rat beabsichtigt, sofern die Haushaltslage dies erlaubt, die jährliche Zuschusshöhe bis zum Jahr 2014 beizubehalten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**5.3 Kölner Haus der Innovationen
hier: Gründungsprozess
4514/2011**

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat nimmt die nachfolgenden Ausführungen und den als Anlage 1 beigefügten Konzeptentwurf für das *Kölner Haus der Innovationen* zur Kenntnis. Er beauftragt die Verwaltung, auf dieser Basis die zur Gründung und zum Betrieb des *Kölner Hauses für Innovationen* erforderlichen vorbereitenden Maßnahmen durchzuführen:

- zur Realisierung des *Kölner Hauses für Innovationen* aktuell einen Dialogprozess mit begleitendem Moderationsverfahren unter Einbezug aller interessierten Partner aus Wirtschaft, Wissenschaft und der Stadtgesellschaft auszurichten,
- zur Schaffung einer tragfähigen Kooperationsstruktur mit Partnern aus Unternehmen, Verbänden, Wirtschaftskammern, Hochschulen und Forschungsinstituten die Gründung eines Trägervereins einzuleiten,
- den Konzeptentwurf weiterzuentwickeln und auf dieser Basis ein Anforderungsprofil für das *Kölner Haus der Innovationen* in Abstimmung mit den zukünftigen Kooperationspartnern als Vorstufe für eine Machbarkeitsstudie/Realisierungskonzept zu entwickeln,
- für die Anschubfinanzierung einen Betrag in Höhe von 130.000 € zur Verfügung zu stellen.

Die Finanzierung in 2012 erfolgt aus dem Teilergebnisplan 0902 –Stadtentwicklung - Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, vorbehaltlich der Verabschiedung des Haushaltsplans 2012 inkl. Finanzplanung bis 2015.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**5.4 HyCologne - Wasserstoff Region Rheinland e. V.
hier: Mitgliedschaft der Stadt Köln
4564/2011**

Der Ausschussvorsitzende legt Wert darauf, dass die Finanzierung aus dem Teilergebnisplan 0902 –Stadtentwicklung erfolgt und beantragt die Mitgliedschaft im Verein unter dieser Voraussetzung zu beschließen.

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat - unter Berücksichtigung dieser Vorgabe - wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Mitgliedschaft im Verein „HyCologne – Wasserstoff Region Rheinland e.V.“ zum 01.01.2012 zu beantragen. Der Jahresbeitrag beläuft sich auf derzeit 10.000,- €. Er setzt sich zusammen aus einem Mitgliedsbeitrag in Höhe von 5.000,- € zuzüglich einer jährlichen Förderumlage in Höhe des Jahresbeitrags (s. Anlagen Satzung und Beitragsordnung).

2. Der Rat beauftragt die Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik bzw. einen/eine Vertreter/in die Mitgliedsrechte der Stadt Köln im Verein wahrzunehmen.

3. Die Finanzierung des vorgesehenen Mitgliedsbeitrags in Höhe von 10.000,- € p. a. erfolgt aus dem Teilergebnisplan 0902 - Stadtentwicklung, Teilplanzeile 16, sonstige ordentliche Aufwendungen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**5.5 Hochschulgründernetz Cologne e.V. - hgnc
hier: Mitgliedschaft der Stadt Köln
4565/2011**

Der Ausschussvorsitzende bezieht sich auf seine Ausführungen zum vorherigen Tagesordnungspunkt und bittet, den Beschluss ebenfalls unter der Maßgabe einer Finanzierung aus dem eigenen Produktbereich herbeizuführen.

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat - unter Berücksichtigung dieser Vorgabe - wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Mitgliedschaft im Verein „Hochschulgründernetz Cologne e.V.“ (hgnc) zum 01.01.2012 - alternativ mit Gründung des Vereins, sofern dieser Zeitpunkt nach dem 01.01.2012 liegt - zu beantragen.

Die Jahresbeiträge werden gemäß § 8 Punkt 8.1. der Satzung des hochschulgründernetz cologne e.V. (beigefügter Satzungsentwurf vom 24.11.2011) durch die ordentliche Mitgliederversammlung festgesetzt. Die Mitgliedsbeiträge sollen für ordentliche Mitglieder zwischen 1.000,- € und 2.000 € jährlich betragen.

2. Der Rat beauftragt die Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik bzw. einen/eine Vertreter/in die Mitgliedsrechte der Stadt Köln im Verein wahrzunehmen.
3. Die Finanzierung des vorgesehenen Mitgliedsbeitrags in Höhe von maximal 2.000,- € p. a. erfolgt aus dem Teilergebnisplan 0902 - Stadtentwicklung, Teilplanzeile 16, sonstige ordentliche Aufwendungen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

6 Weitere Beschlussvorlagen der Verwaltung

**6.1 Haushaltsplan-Entwurf 2012
Festsetzung der bezirksbezogenen Haushaltsmittel nach § 37 Abs. 3 GO
NRW
2471/2011**

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke betr. Festsetzung der bezirks-
bezogenen Haushaltsmittel nach § 37 Abs. 3 GO NRW für das Hj. 2012
AN/ 1844/2011**

Der Ausschussvorsitzende verweist auf den hierzu vorliegenden Änderungsantrag und stellt diesen zur Abstimmung.

Beschluss über den Änderungsantrag:

Vor die Summe von 504.000 Euro wird das Wort „zunächst“ eingefügt.

Der vollständige Satz lautet dann:

„Für das Hj. 2012 werden die Mittel auf zunächst 504.000 Euro festgesetzt.“

Des Weiteren wird der Beschluss erweitert um folgende Passage:

Die Verwaltung verifiziert im aktuellen Haushaltsentwurf die Bereiche und Haushaltsbeträge, die rein bezirksorientiert sind, und unterbreitet dem Rat im Rahmen der laufenden Haushaltsberatungen eine Beschlussvorlage, die vorsieht, dass über diese Maßnahmen dann allein vom jeweiligen Bezirk entschieden wird.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **abgelehnt**

Beschluss über die Vorlage der Verwaltung:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat setzt die Haushaltsmittel nach § 37 Abs. 3 GO NRW, über deren Verwendung die Bezirksvertretungen alleine entscheiden, wie folgt fest:

Für das Hj. 2012 werden die Mittel auf **504.000** Euro festgesetzt.

Von diesem Betrag entfallen auf den Stadtbezirk:

1 Innenstadt	59.500 €
2 Rodenkirchen	51.600 €
3 Lindenthal	64.300 €
4 Ehrenfeld	52.400 €
5 Nippes	55.500 €
6 Chorweiler	44.700 €
7 Porz	53.900 €
8 Kalk	55.300 €
9 Mülheim	66.800 €

Im Zusammenhang mit dem Beratungsverfahren nach § 37 Abs 4 GO NRW entscheiden die Bezirksvertretungen über die Verwendung der Mittel. Die Zweckbestimmung muss hinreichend bestimmt sein. Pauschale Festlegungen sind nicht möglich.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**6.2 Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln 2012
5278/2011**

**Gemeinsamer Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen betr. Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft der
Stadt Köln 2012
AN/1016/2012**

Der Ausschussvorsitzende verweist auf den hierzu vorliegenden Änderungsantrag und stellt diesen zur Abstimmung.

Beschluss über den Änderungsantrag:

1. Der Betriebsausschuss beschließt und empfiehlt zugleich dem Finanzausschuss und Rat die Zustimmung zum vorliegenden Wirtschaftsplan 2012 gemäß der Beschlussvorlage 5278/2011 der Verwaltung.
2. Der Betriebsausschuss beauftragt die Verwaltung, die mittelfristige Finanzplanung, die ein Bestandteil der o. a. Vorlage ist, gemäß folgenden Maßgaben zu überarbeiten und den zuständigen Gremien in 2012 zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Die mittelfristige Planung geht von folgenden Rahmendaten aus:

Die derzeitige Finanzplanung weist bis 2015 eine Kreditaufnahme von 946,38 Mio. Euro und eine Verdreifachung der Tilgungsleistung (Steigerung um ca. 50 Mio. Euro)

und eine Steigerung der Zinszahlungen um das 2,5-fache (Steigerung um 20,5 Mio. Euro) aus. Demgegenüber steigen die Umsatzerlöse aus Mietzahlungen der Verwaltung um ca. 15 % auf 286 Mio. Euro.

Bis 2015 sollen in Schulbauten 1,184 Mrd. Euro in Schulbauten investiert werden. Dies ist mit Abstand die höchste Investitionssumme, gefolgt von 128,44 Mio. Euro für Verwaltungsgebäude (einschl. Flora) und ca. 32 Mio. Euro für Kitas. (Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln 2012 - 5278/2011 - Anlage 4)

Die mittelfristige Finanzplanung soll folgenden Zielsetzungen folgen:

- a) Das Investitionsvolumen für Schulbauten ist zu priorisieren. Die Priorisierung soll differenziert nach Sanierung, Erweiterungsbauten und Neubauten einschließlich der daraus resultierenden Mietbelastungen im städtischen Haushalt dargestellt werden.
- b) Die derzeitige Finanzplanung geht von einer jährlichen Abführung an den Haushalt von 45,578 Mio. Euro aus. Um der weiteren Eigenkapitalminderung entgegenzuwirken, ist darzustellen, ob und wie diese Abführung bis 2015 signifikant verringert werden kann.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich – gegen die Stimme von Herrn Dr. Strahl (CDU) und der Stimme der FDP-Fraktion – zugestimmt

Beschluss über die Verwaltungsvorlage in der Fassung des Änderungsantrages:

1. Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat die Zustimmung zum vorliegenden Wirtschaftsplan 2012 gemäß der Beschlussvorlage 5278/2011 der Verwaltung.
2. Der Finanzausschuss beauftragt die Verwaltung, die mittelfristige Finanzplanung, die ein Bestandteil der o. a. Vorlage ist, gemäß folgenden Maßgaben zu überarbeiten und den zuständigen Gremien in 2012 zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Die mittelfristige Planung geht von folgenden Rahmendaten aus:

Die derzeitige Finanzplanung weist bis 2015 eine Kreditaufnahme von 946,38 Mio. Euro und eine Verdreifachung der Tilgungsleistung (Steigerung um ca. 50 Mio. Euro) und eine Steigerung der Zinszahlungen um das 2,5-fache (Steigerung um 20,5 Mio. Euro) aus. Demgegenüber steigen die Umsatzerlöse aus Mietzahlungen der Verwaltung um ca. 15 % auf 286 Mio. Euro.

Bis 2015 sollen in Schulbauten 1,184 Mrd. Euro in Schulbauten investiert werden. Dies ist mit Abstand die höchste Investitionssumme, gefolgt von 128,44 Mio. Euro für Verwaltungsgebäude (einschl. Flora) und ca. 32 Mio. Euro für Kitas. (Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln 2012 - 5278/2011 - Anlage 4)

Die mittelfristige Finanzplanung soll folgenden Zielsetzungen folgen:

- a) Das Investitionsvolumen für Schulbauten ist zu priorisieren. Die Priorisierung soll differenziert nach Sanierung, Erweiterungsbauten und Neubauten einschließlich der daraus resultierenden Mietbelastungen im städtischen Haushalt dargestellt werden.
- b) Die derzeitige Finanzplanung geht von einer jährlichen Abführung an den Haushalt

von 45,578 Mio. Euro aus. Um der weiteren Eigenkapitalminderung entgegenzuwirken, ist darzustellen, ob und wie diese Abführung bis 2015 signifikant verringert werden kann.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich – gegen die Stimme der FDP-Fraktion – zugestimmt

**6.3 Abführung an den städtischen Haushalt für 2012
5279/2011**

Der Ausschussvorsitzende verweist auf die beantragte Ergänzung zum Veränderungsnachweis 5 betreffend eines Verzichtes auf den Wiederaufbau der Liegenschaft „**Rotes Haus**“ (Seite 14), womit eine weitere direkte Belastung des städtischen Haushalts oder indirekte Belastung über den Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft vermieden werde. Auf dieser Grundlage müsse die Betriebsleitung den Wirtschaftsplan sowie die darin enthaltene Abführung fortschreiben.

Die Betriebsleitung der Gebäudewirtschaft weist darauf hin, dass die Beschlussvorlage zwischenzeitlich entsprechend angepasst wurde.

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

1. Der Rat beschließt, dass die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln für 2012 Vorauszahlungen an den Haushalt der Stadt Köln in Höhe von EUR 45.593.500 leistet.
2. Die Auszahlung erfolgt in 4 Raten zum jeweiligen Quartalsende.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP – zugestimmt

**6.4 Wirtschaftsplan der Bühnen der Stadt Köln für die Spielzeit 2011/12
1759/2012**

Der Ausschussvorsitzende verweist auf eine abweichende Beschlussempfehlung des Betriebsausschusses der Bühnen. Aufgrund eines dort beschlossenen Änderungsantrages bestehe für den Rat die Erfordernis einen modifizierten Beschluss zum Wirtschaftsplan zu fassen.

Der Finanzausschuss halte an dieser Beschlussempfehlung fest und erhoffe, dass der Auftrag durch die Verwaltung bis zur Sitzung des Rates erledigt sei.

Beschluss gemäß Beschlussempfehlung des Betriebsausschusses der Bühnen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Ausschuss vor der Sommerpause folgende Fakten zur Darlegung des realen Finanzstatus des Bühnenbetriebs vorzulegen:
 - a) Das vorläufige wirtschaftliche Ist-Ergebnis der Spielzeiten 2009/2010 und 2010/2011 sowie 2011/2012 sowie Aussagen der Wirtschaftsprüfer, zu welchem Zeitpunkt Testate für die ausstehenden Jahresabschlüsse vorgelegt werden. Entstandene Verluste sind auf neue Rechnung vorzutragen. Grundlage zu Ermittlung des Ist-Ergebnisses für 2011/2012 ist der vom Rat am 07.10.2010 beschlossene Betriebskostenzuschuss im Rahmen des Hpl 2011/2012.
 - b) In der Ergebnisdarstellung und der weiteren Wirtschaftsplanung sind der Aufwand für das Interim und die Bezuschussung des Interims aus dem Hpl darzustellen.
 - c) Die Entnahmen aus den Rücklagen sind ab der Spielzeit 2009/2010 mit Zeitpunkt, Höhe und Grund darzulegen.
2. Durch die Dringlichkeitsentscheidung des Rates vom 15.05.2012 (1496/2012) ist der wirtschaftliche Rahmen für den Bühnenbetrieb festgelegt. Die Verwaltung wird nun nachdrücklich aufgefordert, den Wirtschaftsplan 2012/2013 noch vor der Sommerpause vorzulegen und als dessen Bestandteil die geplanten ergebnisverbessernden Maßnahmen darzulegen, um die aufgelaufenen Verluste aus den früheren Spielzeiten sowie die Konsolidierungserfordernisse aus o.a. DE zu erfüllen.
3. Als weitere Maßgaben für die mittelfristige Wirtschaftsplanung der Bühnen sind zu berücksichtigen und darzulegen:
 - a) Eine mittelfristige Planung über 5 Jahre, einschließlich der Rückführung der aufgelaufenen Verlustvorträge innerhalb der Spartenbudgets aufzustellen.
 - b) Die Umsetzung des bereits beschlossenen Controllings.
4. Der Betriebsausschuss ist unmittelbar verbindlich darüber zu unterrichten, wie die Instrumente aus der „Zielvereinbarung Bühnenbetriebsleitung vom 29.05.2012“ (z.B. die Wirtschaftlichkeits- und Organisationsuntersuchung) umgesetzt werden sollen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

6.5 Umsetzung des gesamtstädtischen Toilettenkonzeptes 5293/2011

Der Ausschussvorsitzende kritisiert den Beschlussvorschlag der Verwaltung. Unter Verweis auf den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu TOP 8, nach dem in 2012 u.a. Mittel in Höhe von 100.000 € aus der Kulturförderabgabe als Anschubfinanzierung für die Umsetzung des Toilettenkonzeptes bereitgestellt werden sollen, erwarte er eine zügige Umsetzung des Ratsauftrages. Insofern schlage er vor den Beschlussvorschlag der Verwaltung abzulehnen und diesen an die Beschlussfassung zum Haushalt anzupassen.

Ratsmitglied Breite schließt sich den Ausführungen an. Er freue sich, dass die Verunft gesiegt habe und die Verwaltung dem Wunsche des Rates entsprechend mit der Maßnahme beginnen könne.

Beschluss:

Der Finanzausschuss verweist die Vorlage zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung mit der Maßgabe, diese unter Berücksichtigung der Haushaltsbeschlüsse aus dieser Sitzung zu überarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

6.6 KölnMusik GmbH hier: Betriebskostenzuschuss für die Jahre 2013 ff, Durchführung des Festivals "AchtBrücken für Köln" in den Jahren 2013 - 2015 1989/2012

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat beschließt;

1. Die an die KölnMusik GmbH zu zahlenden Betriebskostenzuschüsse werden wie folgt festgesetzt:

2013	= 4.785.800 €
2014	= 4.881.500 €
2015	= 4.979.100 €

Sollten die für die einzelnen Jahre von der KölnMusik GmbH aufzustellenden Wirtschaftspläne geringere Betriebskostenzuschüsse ausweisen, reduzieren sich die vorstehenden Beträge entsprechend, die im Übrigen Höchstbeträge darstellen. Auf der Grundlage der jeweiligen Jahresabschlüsse der KölnMusik

GmbH erfolgt eine Spitzabrechnung. Überschüsse sind an die Stadt abzuführen, Fehlbeträge müssen vom Unternehmen nachgespart werden.

2. Zur Durchführung des jährlichen Musikfestivals „**AchtBrücken Musik für Köln**“ die MusikTriennale Köln GmbH Zuschüsse in Höhe von:

2013 = **628.800 €**

2014 = **500.000 €**

2015 = **500.000 €**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**6.7 Beschlussfassungen des Rates im Zusammenhang mit den Konsolidierungsvorschlägen der Verwaltung
2131/2012**

Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass auch dieser Beschlussvorschlag durch die gemeinsamen Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu TOP 8 tangiert werde und daher fortgeschrieben werden müsse.

Beschluss:

Der Finanzausschuss verweist die Vorlage ohne Votum in den Rat mit der Bitte an die Verwaltung, den Beschlussvorschlag unter Berücksichtigung der Haushaltsbeschlüsse zu TOP 8 anzupassen.

**7 Bürgerhaushalt 2012 - Umsetzung der Vorschläge
1838/2012**

**Gemeinsamer Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Bürgerhaushalt 2012 - Umsetzung der Vorschläge (zu TOP 7)
AN/1057/2012**

Beschluss über den Änderungsantrag:

1. Ziffer 1 des Beschlussvorschlages wird wie folgt ergänzt:

Der Rat verweist auf die beigefügte Übersicht (Anlage 2), aus der ersichtlich ist, welche TOP 25 Vorschläge aus dem Bürgerhaushaltsverfahren 2012 von der Verwaltung bereits umgesetzt werden.

2. (wie Vorlage) – Vorschläge mit haushaltmäßigen Auswirkungen, s. Anlage 1

Beschlüsse der Fachausschüsse sind von der Verwaltung mit einer Stellungnahme zu versehen.

neu:

3. Die Verwaltung wird beauftragt, das Verfahren zum Bürgerhaushalt fortzuentwickeln und eine veränderte moderne Form der Bürgerpartizipation zu finden, um die Attraktivität des Beteiligungsverfahrens zu erhöhen und sicherzustellen, dass Anregungen und insbesondere auch Beiträge zur Haushaltskonsolidierung aus der Bürgerschaft auf geeignete Weise auch weiterhin in die Haushaltsplanberatungen einfließen können.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschluss über die Verwaltungsvorlage in der Fassung des Änderungsantrages:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden erweiterten Beschlussvorschlages:

- 1 Der Rat nimmt die jeweils 25 am besten bewerteten Vorschläge der Themenbereiche „Kinder/Jugend“, „Kultur“, „Wirtschaftsförderung“ und „Sparen“ (zum Gesamthaushalt) aus dem Bürgerhaushaltsverfahren einschl. der Stellungnahmen der Verwaltung sowie der Voten der Bezirksvertretungen und die Ergebnisse aus den Sitzungen der Fachausschüsse zur Kenntnis.

Der Rat verweist auf die beigefügte Übersicht (Anlage 2), aus der ersichtlich ist, welche TOP 25 Vorschläge aus dem Bürgerhaushaltsverfahren 2012 von der Verwaltung bereits umgesetzt werden.

- 2 Die von der Verwaltung vorgelegte Liste haushaltswirksamer Vorschläge (Anlage 1) wird – soweit die Vorschläge nicht bereits im Haushaltsplanentwurf Berücksichtigung gefunden haben – an die Verwaltung verwiesen. Sollte die Verwaltung einzelne Vorschläge zur Umsetzung vorschlagen wollen, hat sie diese mit einem entsprechenden Deckungsvorschlag zu versehen und den zuständigen Gremien zur Beschlussfassung zuzuleiten.

Beschlüsse der Fachausschüsse sind von der Verwaltung mit einer Stellungnahme zu versehen.

- 3 Die Verwaltung wird beauftragt, das Verfahren zum Bürgerhaushalt fortzuentwickeln und eine veränderte moderne Form der Bürgerpartizipation zu finden, um die Attraktivität des Beteiligungsverfahrens zu erhöhen und sicherzustellen, dass Anregungen und insbesondere auch Beiträge zur Haushaltskonsolidierung aus der Bürgerschaft auf geeignete Weise auch weiterhin in die Haushaltsplanberatungen einfließen können.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

8 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für das Hj. 2012 2171/2012

Der Ausschussvorsitzende beginnt die Aussprache zur Haushaltssatzung mit der Feststellung, dass in der heutigen Sitzung über einen Haushaltsplan beschlossen werden solle, welcher mit einem Defizit von etwa 220 Millionen Euro abschlieÙe. Hierdurch komme es nach der mittelfristigen Finanzplanung in den nächsten Jahren zu einem Eigenkapitalverzehr von rund 750 Millionen Euro. Dieses Resultat könne niemanden zufriedenstellen, so dass nach Lösungen zur Bewältigung der schwierigen Finanzsituation gesucht werden müsse. Ein Blick über die Stadtgrenzen hinweg zeige, dass Köln mit dieser schwierigen Finanzsituation nicht alleine stehe. Keiner der größeren Städte in Nordrhein-Westfalen gelinge es derzeit einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen. Die Gründe dafür seien überwiegend auf externe Faktoren zurückzuführen. So sei das Finanzsystem zwischen Bund, Ländern und Gemeinden nebst einer gerechteren Verteilung der gesamtstaatlichen Einnahmen seit vielen Jahren erkennbar nicht in Ordnung. Dies führe dazu, dass wesentliche Leistungen des Staates z.B. in den Bereichen Kindergärten, Schulen, Bibliotheken, Kultur, Straßen und Verkehr ohne einen angemessenen finanziellen Ausgleich von den Kommunen erbracht würden.

Hinzu kämen noch weitere Belastungen z.B. durch Sozialtransferleistungen, den Fonds Deutsche Einheit oder etwa steuerentlastende Gesetze.

Ohne Hilfe von Bund und Land könne die Stadt Köln ihren Haushaltsausgleich und die Sanierung ihrer Finanzen nicht bewerkstelligen. Daher müsse auch der Rat der Stadt Köln noch viel deutlicher und lauter für die Interessen der Stadt im Land und vor allem im Bund eintreten. Ergänzend hierzu müssten die politischen Gremien ihren eigenen Teil der Verantwortung wahrnehmen und sich nicht nur darauf beschränken, im Wesentlichen alles so weitermachen zu wollen wie bisher. Heute fehle es der Stadt Köln erkennbar an Liquidität und man müsse erkennen, dass das so nicht aufrechterhalten werden könne.

Die Situation erfordere es, so an die Aufgaben und an die Strukturen heranzugehen, wie es eigentlich der Sache angemessen wäre.

Gemessen daran stelle dieser Haushalt für 2012 so etwas wie einen Übergangshaushalt dar, mit dem zwar eine Veränderung eingeleitet werde aber noch nicht zu entnehmen sei, wo in der Struktur oder in der Substanz aufgabenkritisch herangegangen werden solle und wo es, alleine durch die Zwangslagen, Einschnitte geben müsse.

Seine Fraktion habe sich vorgenommen, alle Entscheidungen an der Frage der Zukunftsfähigkeit der wachsenden Stadt zu messen. Diese müsse beispielsweise ausreichend Wohnraum oder ein gutes Bildungs- und Betreuungssystem anbieten. Zudem solle die Stadt attraktiv für Unternehmen und damit für Arbeitsplätze und Investitionen sein und über eine funktionierende Infrastruktur verfügen. An diesen Maßstäben seien die Betrachtung des vorliegenden Haushaltes und das Handeln in den nächsten Jahren auszurichten. Daher habe die Koalition von SPD und Grünen an einigen Stellen noch Korrekturen vornehmen müssen. Dies betreffe beispielsweise die aus Sicht der beiden Fraktionen völlig falschen Einsparungen bei der Sanierung von Brü-

cken, Tunneln und Kulturbauten. Hier habe man den Versuch unterbunden, Sanierungen ohne jeden realen Einspareffekt auf spätere Jahre zu verschieben. Dies sei verbunden mit dem Risiko, dass eine Verschiebung am Ende eventuell sogar teurere Sanierungen nach sich ziehe. Dies sei ein Punkt, der durch die gemeinsamen Änderungsanträge in der heutigen Sitzung zurückgenommen werden solle.

Ähnliches gelte für die beabsichtigte Streckung des U-3-Ausbaus. Die Verzögerung des dringend notwendigen Ausbaus stelle mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit keine Lösung dar. Für diese sei ein einigermaßen ausreichendes Bildungs- und Betreuungsangebot von elementarer Bedeutung. Aus demselben Grund solle in diesen Haushalt auch die Finanzierung weiterer Plätze in der offenen Ganztagsgrundschule aufgenommen werden, welche mittlerweile auf einen Rekordstand von 24000 Plätzen angehoben werden konnten. Diese Art der Betreuung in der Grundschule stelle inzwischen den Standard dar und bedingt durch die große Nachfrage nach verfügbaren Plätzen müsse hier ein weiterer Schwerpunkt gesetzt werden.

Auch mit der Umsetzung des Projekts Internetstadt Köln in diesem Haushalt beweise die Stadt ihre Zukunftsfähigkeit, indem sie moderne und wesentliche Entwicklungen der Gesellschaft aufgreife.

Ein weiterer Punkt des gemeinsamen Änderungsantrages für den Haushalt 2012 stelle die Lösung für das Rote Haus dar. Er erinnert an den Vorschlag der Verwaltung auf die Schließung dieser Baulücke am Alter Markt zu verzichten. Hier seien die Koalitionspartner mit unterschiedlichen Positionen in die Beratungen zum Haushalt hineingegangen. Nunmehr möchte er sich bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dafür bedanken, dass es gelungen sei, einen tragfähigen Kompromiss zu finden. Mit einem Beschluss über den Antrag solle der dafür Weg bereitet werden, eine optimale städtebauliche Lösung ohne Belastung des städtischen Haushaltes oder der Gebäudewirtschaft zu entwickeln.

Nachfolgend geht der Ausschussvorsitzende auf den gemeinsamen Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend die Kulturförderabgabe über. Er erinnert an deren Einführung zum 1. Oktober 2010 und die dagegen gemeinsam erhobenen Vorwürfe seitens des DEHOGA und der Ratsfraktionen von CDU und FDP. Heute stehe fest, dass das Jahr 2010 als ein Rekordjahr bei den Übernachtungen in Köln abgeschlossen habe. Im Jahr 2011 und in den ersten Monaten des Jahres 2012 seien die Übernachtungszahlen sogar noch weiter gestiegen. Damit sei auch der Beweis erbracht worden, dass die Kulturförderabgabe weder der Zukunftsfähigkeit noch der Attraktivität Kölns schade.

Die Erhebung dieser Abgabe helfe auch in diesem Jahr wieder, die Zukunftsfähigkeit Kölns zu stärken. Aufgrund des anhängigen Rechtsstreites sowie aus Gründen der Zurückhaltung und unter Zugrundelegung einer konservativen Planung würden die Einnahmen aus der Kulturförderabgabe nur mit 7 Mio. Euro veranschlagt. Auch mit diesem Betrag könnten wichtige Impulse gegeben werden, welche sonst nicht möglich und nicht finanzierbar gewesen wären. Hierbei handele es sich um die Etablierung der Akademie der Künste, die deutliche Stärkung der freien Szene in der Kultur, die verbesserte Mitteleinrichtung der Wirtschaftsförderung, des Standortmarketings und die Auflage des Stadtverschönerungsprogrammes um damit insgesamt die Attraktivität Kölns zu erhöhen. In diesem Jahr werde der Schwerpunkt auf die Gewässer-sanierung gelegt. Alleine aus dem Haushalt wäre dies alles kaum zu finanzieren.

Unter Einbeziehung der Änderungsanträge liege ein Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2012 vor, welcher beschlussfähig sei. Mit diesem werde das Minimalziel, ein Haushaltssicherungskonzept zu vermeiden, erreicht. Nunmehr gelte es, sich den Aufgaben der nächsten Jahre zuzuwenden. Hierzu biete er allen Mitgliedern im Finanzausschuss eine konstruktive Mitarbeit an.

Ratsmitglied Klipper stellt zu Beginn seiner Ausführungen fest, dass der für das Jahr 2012 vorgelegte Haushaltsplanentwurf zu finanziellen Auswirkungen in dem Zeitraum der Jahre 2015 und 2016 führe. Im Ergebnis führe dies zu einem Vermögensverzehr von circa 1,7 Milliarden Euro. Dieser Betrag habe erheblichen Einfluss auf die Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten der Verwaltung. Aus diesem Grunde müsse bereits bei der heutigen Planung über deutliche Kosteneinsparungen mittels einer Aufgaben- und Standardreduzierung nachgedacht werden. Seine Fraktion habe daher Wert darauf gelegt, keine zusätzlichen Ausgaben zu generieren, sondern einen Denkprozess anzustoßen um Einsparpotentiale zu erschließen und bisherige Abläufe in Frage zu stellen. Unabhängig davon schließe er sich den Ausführungen des Ausschussvorsitzenden nach einer verstärkten Unterstützung der Kommunen seitens des Bundes an. Nach seinen Erkenntnissen würden die Finanzmittel des Landes im nächsten Haushalt nicht erhöht, so dass sich die Stadt Köln viele bisherige Vergünstigungen, beispielsweise die zeitweilige Befreiung vom Elternbeitrag, nicht mehr erlauben könne.

Enttäuscht sei er auch über die Vermögenssituation der Stadt Köln. Nach dem jetzigen Stand belaufe sich das Defizit auf knapp 6 Prozent und rd. 5 Prozent im Jahr 2014. Sofern sich dieses aus unvorhersehbaren Gründen erhöhe, könne dem nur durch zusätzliche Einnahmen begegnet werden. Hier sei die Grenze des moralisch Vertretbaren (z.B. bei der Kulturförderabgabe oder den kalkulatorischen Kosten) sowie des Gerechtfertigten aber vielerorts schon erreicht und das eventuelle Ergebnis für den Haushalt von unwesentlicher Bedeutung. Insofern müsse einschneidend an die Struktur des Haushaltes herangegangen werden. Vor diesem Hintergrund sehe er die beabsichtigte Erhöhung der Quote aus der Rücklagenentnahme als wenig sinnvoll an, da diese den Kapitalverzehr beschleunige.

Aufgrund dieser Darlegungen stehe die CDU-Fraktion diesem Haushalt und der noch wichtigeren mittelfristigen Finanzplanung ablehnend gegenüber. Seine Fraktion bedauere es außerordentlich, dass der Oberbürgermeister zusammen mit dem Stadtvorstand nicht in der Lage gewesen sei, eine genehmigungsfähige Planung mit einem soliden Fundament und einem Handlungskonzept für die Zukunft aufzustellen. So würden die Kosten für die archäologische Zone nebst dem Jüdischen Museum im Rahmen des Konsolidierungsvorschlages um 4,5 Mio. Euro gekürzt, obwohl eine Übernahme dieser Kosten durch den Landschaftsverband Rheinland keinesfalls sichergestellt sei. Darüber hinaus vermisse er die entsprechenden Finanzpositionen zu den anstehenden Aufwendungen für die Sanierung der Oper, den Neubau des historischen Archivs oder der Nord-Süd-Bahn sowie eine entsprechende Prioritätensetzung bei Großprojekten. Hier fehle es an Transparenz und nachhaltigen Zeichen. Bei den nunmehr anstehenden Entscheidungen zum Roten Haus stelle die Stadt Köln ihre Verlässlichkeit gegenüber den Bürgern in Frage. Dieses Bauwerk sei damals im Einvernehmen mit dem Denkmalschutz abgebrochen worden, um es später wieder zu errichten. Der jetzige Verzicht auf den Wiederaufbau des Gebäudes mache deutlich, wie wenig Verlass auf die Zusage der Stadtverwaltung für dieses historische Areal am Alter Markt sei.

Das beschlossene kommunale Wohnungsbauprogramm sehe er als Teil einer klassischen Landesaufgabe an. Daher sei es folgerichtig eine Umverteilung der Mittel dort vorzunehmen oder private Investoren einzubinden. Durch die Stadt Köln könne dann eine Bereitstellung von hierfür geeigneten Flächen erfolgen. Für bedenklich halte er auch die bestehenden Schattenhaushalte, wie z.B. bei der Gebäudewirtschaft, welche nur durch immer größere Eingriffe in die Substanz höhere Ausschüttungen erwirtschaften und so an einer Sanierung des Haushaltes beitragen können. Dies alles finde sich letztlich in erhöhten Mietzahlungen wieder und bezeuge erneut die dringende Notwendigkeit von Konsolidierungsmaßnahmen. In dem von der Verwaltung vorgelegten Entwurf zur Haushaltssatzung finde er keine wesentlichen Beiträge zur Konsolidierung, so dass dieser nicht mitgetragen werden könne. Im Gegensatz hierzu ständen die von seiner Fraktion im Änderungsantrag eingebrachten Vorschläge und Prüfaufträge, mit denen diese - im Unterschied zu den Handelnden der Verwaltung - auch eine Verantwortung für Einsparungen übernehme. Das jüngst unterbereitete Angebot des Ausschussvorsitzenden zu künftigen parteiübergreifenden Verhandlungen nehme er gerne an und hoffe, dass in diesem Effizienzteam tragfähige Lösungen zur Konsolidierung der städtischen Finanzen erarbeitet werden.

Ratsmitglied Frank bietet mit Rücksicht auf die technischen Probleme und der damit verbundenen zeitlichen Verzögerung an, seine Ausführungen zu straffen und nur noch auf die wichtigsten Punkte einzugehen. Er leitet ein, dass mit der Aufstellung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes der Stadt Köln für das Hj. 2012 ein finanzpolitisches Minimalziel erreicht wurde. Dies bedeute die Vermeidung eines gesetzlichen Haushaltssicherungskonzepts und das Abgleiten in den Nothaushalt, sofern die jetzt vorliegenden Daten auf einer stabilen Basis verblieben.

Allen Beteiligten müsse aber deutlich geworden sein, dass es bei einem solchen Minimalziel nicht bleiben könne und für eine erfolgreiche Bewältigung des notwendigen Sanierungsprozesses wesentlich größere Anstrengungen notwendig seien. Der Stadtvorstand sowie der Rat mit allen demokratischen Fraktionen hätten sich mit diesen Hpl-Entwurf schwer getan. Erst in der Zukunft werde der Beweis angetreten, ob alle Beteiligten den Weg zu einer stringenten und nachhaltigen Haushaltssanierung beschritten hätten. Hierzu sei es erforderlich einen größeren und breiteren Konsens über die rot/grünen Fraktionen hinaus herzustellen sowie die hieraus resultierenden Konflikte zu lösen. Dies gehe bereits aus den vorliegenden Änderungsanträgen und den teilweise sehr emotionalen Diskussionen im Kulturausschuss oder dem Betriebsausschuss der Bühnen hervor. Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion beschränke sich auf eine Klientelpolitik. Demgegenüber beinhalte der Vorschlag der CDU-Fraktion durchaus diskussionswürdige Elemente, die geprüft werden sollten. Zugleich müsse er sich aber gegen eine Reduzierung der Bezirksvertretungen aussprechen, da die dort benötigte Akzeptanz für eine wesentlich verschärfte Konsolidierungspolitik verloren gehe. Hier müssten vielmehr Überlegungen angestellt werden, wie diesen mehr Kompetenz aber auch mehr Verantwortung bzw. eine Mitverantwortung für weniger populäre Entscheidungen übertragen werden könne. Inzwischen weise der Kölner Haushaltsplan 2012 ein Defizit von rund 217 Mio. Euro aus. Dieses sei deutlich geprägt durch ein seit Jahren bestehendes strukturelles Defizit. Die Stadt Köln sei nur aus einem förmlichen Haushaltssicherungskonzept herausgekommen, weil in den Jahren 2006 und 2007 die höchsten Gewerbesteuer-

nahmen zu verzeichnen waren. Das strukturelle Defizit beruhe vorwiegend auf externen Ursachen, da Bund und Land den Städten seit Jahrzehnten immer mehr Aufgaben übertragen ohne die dafür erforderliche Gegenfinanzierung bereitzustellen. Zudem wirkten sich die Steuergesetze der Bundesregierung negativ aus. Das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ beschere der Stadt Köln Ertragsausfälle.

Ferner gebe es aber auch „hausgemachte“ Ursachen, beispielsweise die Aufwendungen der Stadt Köln um auf Verlangen der EU Beteiligungsgesellschaften der Sparkasse zu erwerben. Diese Lasten seien Folge einer falsch ausgerichteten Wirtschaftsförderung in der Vergangenheit, welche zu gravierenden politischen Fehlentscheidungen führten. Dies gelte auch für das Thema Nord-Süd-Stadtbahn.

Die Erfahrungen der bisherigen Konsolidierungspolitik zeigten, dass es nicht „die große Einsparung“ als Befreiungsschlag gebe. Auch nicht durch eine exorbitante Erhöhung der Gewerbesteuer. Große Sorgen bereite ihm der steigende Personalaufwand. Im Zusammenhang mit dem Hpl 2010/2011 habe die Verwaltung erklärt, die Personalaufwendungen auf dem Niveau von 2010 festschreiben zu wollen. Bereinigt um den Versorgungsaufwand komme man nach den damaligen Aufstellungen zu Aufwendungen in Höhe von 733 Mio. Euro. Nach den aktualisierten Zahlen werde nun für das Jahr 2014 – ohne Versorgungsaufwand - von Aufwendungen in Höhe von 924 Mio. Euro ausgegangen. Hier sehe er einen dringenden Handlungsbedarf. Dieser lasse sich nicht alleine dadurch erklären, dass Rückstellungen unabweisbar seien.

Nach allem sei Folgendes klar erkennbar: Diese Haushaltskrise könne Köln nicht allein aus eigener Kraft bewältigen. Es führe kein Weg an einer wirksamen Gemeindefinanzreform vorbei. Ein alleiniger Ausgleich auf der Basis von Einnahmen und Ausgaben über einen bestimmten Zeitraum hinweg halte er für nicht möglich. Dennoch dürfe man sich nicht einfach zurücklehnen, sondern müsse eigene Anstrengungen unternehmen. Entscheidend für die nächste Zeit sei auch, dass der Städtetag NRW auf einer Umsetzung des Konnexitätsprinzips bestehe.

Trotz aller Konsolidierungserfordernisse sei es notwendig, weiterhin Schwerpunkte zu setzen, um die Entwicklung Kölns zu einer attraktiven Stadt weiterzutreiben. Daher halte er es für unabdingbar, am beschlossenen städtischen Wohnungsbauförderprogramm festzuhalten und dieses nun auch zu starten. Eine erfreuliche Entwicklung sei auch darin zu sehen, dass Köln im Gegensatz zu den meisten anderen Städten in NRW eine wachsende Stadt sei. Dies erfordere aber auch eine Prioritätensetzung und damit einen Verzicht an anderer Stelle. Der Stadt Köln fehle es derzeit noch an einer strategischen Finanzplanung und einer umfassenden Steuerung mit Kennzahlen. Insofern begrüße er die Zielsetzungen der Stadtkämmerin im Hinblick auf einen „wirkungsorientierten Haushalt“. Es liege im Interesse aller Beteiligten einen Beitrag zu leisten, dass dieses Instrument umgesetzt werden könne. Dies könne etwa im Bereich der Gebäudewirtschaft sein. Hier stimme er den Ausführungen von Ratsmitglied Klipper zu. In diesem Zusammenhang erinnert er an eine im Oktober 2011 vom Rat beschlossene Organisationsanalyse. Darauf ziele auch der heutige gemeinsame Änderungsantrag zur Gebäudewirtschaft. In diesem Zusammenhang müsse die mittelfristige Finanzplanung der Gebäudewirtschaft kritisch überprüft, mehr Transparenz geschaffen und eine Risikoanalyse erfolgen. Hier sei ein Paradigmenwechsel notwendig, ebenso wie bei der Fortführung des Bürgerhaushalts. Ein Bürgerhaushalt nach dem Prinzip „Wünsch Dir was“ gehe an der finanzpolitischen Realität dieser Stadt vorbei.

Die künftige Ausrichtung müsse vielmehr berücksichtigen, dass sich die Stadt Köln in einer Sanierungsphase befinde. Daher sollten die Bürgerinnen und Bürger z.B. darüber votieren können, wo sie Einsparerfordernisse sehen und Prioritäten setzen wollen. Die wenigen Möglichkeiten um Akzente zu setzen und Gestaltungsmöglichkeiten zu schaffen würden über die Verwendung der Erträge aus der Kulturförderabgabe transparent abgebildet. Diese stehe in unmittelbarem Zusammenhang mit Marketingmaßnahmen für die Förderung des Städtetourismus; dieser Wachstumsfaktor müsse weiter ausgebaut werden. Hier stimme er der Stellungnahme der IHK zu, welche aus den Einnahmen aus der Kulturförderabgabe auch Verbesserungen für Kultur- und Tourismusförderung einfordere.

Der jetzige Haushalt 2012 mache deutlich, dass die Zuschüsse an freie Träger im Sozial-, Gesundheits-, Jugendhilfebereich und nicht zuletzt auch bei der freien Kulturförderung ungekürzt bleiben. Hierfür habe es einer großen Kraftanstrengung bedurft, welche aber nicht hinreichend gewürdigt werde. Dieser Zustand könne aber nicht beliebig lange beibehalten werden. Daher sei es besonders wichtig ab 2013 in Köln mit den freien Trägern zu Leistungsvereinbarungen zu kommen. Dies gebe allen mittelfristige Planungssicherheit und schütze sie vor Überforderung. Dies sei sicherlich ein Instrument, welches neben anderen Formen der Steuerung und des Controllings zunehmend benötigt werde. Als Nächstes werde über die im Veränderungsnachweis 5 enthaltenen Leitlinien und noch fehlenden Verfahren zur weiteren Haushaltssanierung zu diskutieren sein. Hierin liege ein Schlüssel für den Erhalt der Steuerungsfähigkeit auch in einem verschlechterten Umfeld.

Ratsmitglied Breite vermisst in dem vorliegenden gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen jeglichen Hinweis auf eine notwendige Aufgabenkritik oder einschneidende Einsparvorschläge. Hier werde eine Scheindebatte ohne konkretes Ergebnis geführt. Dies sei bedauerlich, da ein halbfertiger Haushaltsplan vorgelegt werde und die noch fehlenden 40 Prozent mit konkreten Konsolidierungsmaßnahmen hinterlegt werden müssen. Hierbei handele es sich um einen einmaligen Vorgang, welcher in der Gemeindeordnung so nicht vorgesehen sei. Es bleibe abzuwarten, ob hierfür eine Genehmigung durch die Bezirksregierung zu erhalten sei.

Wenn er sich die nunmehr im Änderungsantrag vorgeschlagenen Maßnahmen für 2012 anschau, so falle die Ausgabe zusätzlicher Mittel ins Auge. Er finde es bedauerlich, dass hierfür auch Mittel aus der Kulturförderabgabe herangezogen werden sollen. Diese müssten, anstatt die Wünsche der beiden Bündnispartner zu finanzieren, in den allgemeinen Haushalt einfließen. Demgegenüber enthalte der Antrag seiner Fraktion eine Reihe von Einsparvorschlägen mit einem Volumen von rd. 4 Mio. Euro. Im Ergebnis stelle er sich einen anders ausgerichteten Haushalt vor. Daher werde seine Fraktion diesen ablehnen.

Ratsmitglied Detjen greift die Beiträge der Vorredner auf und zieht hieraus den Schluss, dass es keine Patentlösung für die Sanierung des städtischen Haushaltes gebe und sich die Kürzungsmaßnahmen kompliziert und schwierig gestalten. Zudem ergäben sich häufig erst langfristige Auswirkungen. Auf der anderen Seite werde es immer schwieriger die noch auf die Kommunen zukommenden Belastungen einzuschätzen. Hier gebe es große Übereinstimmung bei allen Parteien in Bezug auf eine verbesserte Finanzausstattung der Kommunen. Überleitend auf den aktuellen Haushalt 2012 begrüßt er die

Rücknahme des Vorschlages der Verwaltung zu einer Reduzierung der Kitaplätze im U 3 Bereich durch den rot-grünen Änderungsantrag. Seine Fraktion unterbreite in ihrem Antrag einen ähnlichen Vorschlag, welcher auf 235 zusätzliche Plätze abstelle, da die bisher geplanten Plätze nicht ausreichend seien. Dies sei ein Thema, an dem alle Parteien arbeiten müssten.

Ein weiteres Beispiel finde sich in der vorgeschlagenen Personalreduzierung beim Baulückenprogramm. Hier könne durch zusätzliches Personal unmittelbar ein größerer Anteil an Wohneinheiten geschaffen werden. Um das bestehende strukturelle Defizit reduzieren zu können, müsse an vielen unterschiedlichen Stellschrauben neu justiert werden. Um diese Entwicklung einzuleiten habe seine Fraktion einen Veränderungsnachweis eingebracht, der sowohl eine Erhöhung der Gewerbesteuer, Personalreduzierungen und -zusetzungen als auch Vorschläge zum Umbau der Verwaltung enthalte.

Die den künftigen Bürgerhaushalt betreffende Ausrichtung halte er für wenig zielführend. Mit diesem sinnvollen und sensiblen Instrument müsse stilvoller umgegangen werden. Demgegenüber sehe er die von Ratsmitglied Frank angesprochenen Leistungsvereinbarungen als richtigen Weg an. Sofern hierdurch für die freien Träger eine längere Vertragssicherheit geschaffen werden könne, werde seine Fraktion diese Vorgehensweise unterstützen.

Diese werde sich auch weiterhin mit eigenen Vorschlägen konstruktiv in die Haushaltsberatungen einbringen, ohne jedoch den Änderungsantrag der Mehrheitsfraktionen zu unterstützen.

Der Ausschussvorsitzende bedankt sich für die Ausführungen der finanzpolitischen Sprecher.

Anschließend lasst der Ausschussvorsitzende zunächst über die gemeinsamen Änderungsanträge der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Beschlüsse:

- I. **Beschluss über den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2012 (zu TOP 8)
AN/1030/2012**

Beschluss:

Der Finanzausschuss beschließt den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2012.

1. s. Anlage
2. Zur Mittelfristplanung 2013-2015 gibt der Rat der Stadt Köln nachfolgende weiterführende Hinweise:
 - a. **Tanzgastspiele**
Der Konsolidierungsvorschlag der Verwaltung im Bereich Bühnen in

Höhe von 700.000 Euro ab der Spielzeit 2013/2014 wird zur Kenntnis genommen.

Die Verwaltung wird gebeten, die Streichung der Sparte Tanzgastspiele bei den Bühnen der Stadt Köln zum Einen noch einmal dahingehend zu prüfen, ob der dauerhafte Einsparbeitrag von 700.000 Euro p.a. zutreffend beziffert wurde. Zum anderen wird die Verwaltung gebeten zu prüfen, inwieweit die Einsparsumme von 700.000 Euro ggf. durch eine andere strukturelle Einsparmaßnahme erbracht werden sollte.

Die Tanzgastspiele bei den Bühnen finden ausschließlich in ausverkauften Häusern statt. Die Bühnen der Stadt Köln „erwerben“ das überwiegend fertige Produkt des Tanzgastspiels. Es gibt ein geringes betriebswirtschaftliches Risiko, Einnahmen und Ausgaben lassen sich genau kalkulieren. Ggf. kann durch eine Verbesserung der Einnahmesituation, durch mehr Aufführungen und eine Anpassung der Eintrittsgelder eine betriebswirtschaftliche Optimierung erfolgen. Zudem könnten über eine gemeinsame Gastspielstrategie mit den Städten Leverkusen, Neuss und Bonn Synergien gewonnen werden.

b. **Personalaufwendungen mobiler Bürgerservice**

Die Verwaltung wird gebeten, Alternativvorschläge zu machen, die geringere Auswirkungen auf den Bürgerservice haben.

c. **Reduzierung der Anzahl der Wettbewerbsverfahren bei Schulneubauten**

An einem Architektenwettbewerb wird bei Bauten in exponierten Lagen festgehalten; die Verwaltung prüft, mit welchen weniger aufwendigen Gutachterverfahren eine Qualitätssicherung unter Erhalt des Einsparziels zu erreichen ist.

d. **Baulückenprogramm**

Die Antragsteller bezweifeln, dass der Erhalt der Qualitätsstandards beim Baulückenprogramm nach Streichung von zwei Stellen erhalten werden kann. Deshalb wird die Verwaltung beauftragt darzulegen, wie unter Erhalt des Einsparziels im Dezernat VI der Qualitätsstandard aufrechterhalten werden kann.

e. **KölnAgenda e.V.**

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, inwieweit die Einsparsumme von 76.000,00 Euro beim Zuschuss KölnAgenda e.V. durch eine andere strukturelle Einsparmaßnahme erbracht werden kann.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich - gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion - zugestimmt

II. Beschluss über den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2012 - Veränderungsnachweis 5 (zu TOP 8) AN/1025/2012

Beschluss:

Beschluss:

Der Finanzausschuss beschließt den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2012.

Folgende Änderungen werden zum VN 5 beantragt:

Produktgruppe 0101 Umsetzung „Internetstadt Köln“

Hier: Aufwand zur Umsetzung des Konzepts erledigt durch Zusetzung bei „Kulturförderabgabe“

Produktgruppe 0104 Umsetzung „Internetstadt Köln“

Hier: Externe Unterstützungsleistungen erledigt durch Zusetzung bei „Kulturförderabgabe“

Produktgruppe 0104 Personalaufwendungen Internetstadt Köln

Hier: Personalaufwand – zwei zusätzliche Stellen bei E-Gouvernement/Online-Dienste
Reduzierung auf eine zusätzliche Personalstelle

Produktgruppe 0108 Zentrale Liegenschaftsangelegenheiten „Rotes Haus“

Ergänzung VN 5 (Seite 14): Eine weitere direkte Belastung des städtischen Haushalts oder indirekte Belastung über den Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft unterbleibt. Auf dieser Grundlage wird die Verwaltung beauftragt, das Grundstück „Rotes Haus“ mit dem Ziel der Bebauung zu veräußern.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich - gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion - zugestimmt

III. Beschluss über den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. betr. Kulturförderabgabe (zu TOP 8) AN/1020/2012

Beschluss:

Der Finanzausschuss beschließt den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Kulturförderabgabe.

1. s. Anlage

2. Die Verwaltung wird beauftragt, für die zukünftige Haushaltsplanung ab dem Haushaltsjahr 2013 den Erträgen aus der Kulturförderabgabe einen betragsgleichen pauschalen Aufwendungsansatz gegenüberzustellen.

3. Dabei sollen ab 2013 bis auf Weiteres – vorbehaltlich der jeweiligen Haushaltsplanberatungen – Aufwendungen, die aus der Beschlussfassung 2011 herrühren und Task Force-Kürzungen zurückgenommen haben, in nachfolgender Höhe den genannten Produktgruppen zugeordnet werden:

- Erhalt der Busbibliothek – 150.000 Euro
- Samstagsöffnungen für Stadtteilbibliotheken – 280.000 Euro
- Medienetat der Stadtbibliothek – 320.000 Euro
- Akademie der Künste der Welt – 1.000.000 Euro
- Rücknahme Gebührenerhöhung Rheinische Musikschule – 150.000 Euro

Die konkrete Zuordnung der Aufwendungen zu einem konkreten Teilplan oder konkreten Produktgruppen bleibt der Beschlussfassung des Finanzausschusses zur jeweiligen Haushaltsplanung / Haushaltssatzung vorbehalten. Dabei behält sich der Finanzausschuss vor, die Finanzierung von Projekten aus der Kulturförderabgabe zeitlich zu befristen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich - gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion - zugestimmt

IV. Beschluss über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion betr. Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für das Hj. 2012 AN/1021/2012

Der Ausschussvorsitzende stellt einen mündlichen Änderungsantrag für die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Beschluss:

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion wird zur weiteren Bearbeitung in die Verwaltung überwiesen

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**V. Beschluss über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion betr. Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für das Hj. 2012
AN/1031/2012**

Beschluss:

Der Finanzausschuss lehnt den Änderungsantrag der FDP-Fraktion ab.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich - gegen die Stimme der FDP-Fraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion – abgelehnt

**VI. Beschluss über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke betr. Veränderungsnachweis zum Haushalt 2012
AN/1013/2012**

Beschluss:

Der Finanzausschuss lehnt den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE ab.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Gesamtabstimmung über die Verwaltungsvorlage

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat den Beschluss der Haushaltssatzung 2012 gem. dem Entwurf der Verwaltung unter Berücksichtigung der vom Finanzausschuss befürworteten Änderungen.

Darüber hinaus empfiehlt der Finanzausschuss dem Rat die Annahme folgenden Beschlussvorschlages:

„Unterjährig auftretende Verbesserungen dürfen grundsätzlich nicht zur Finanzierung neuer Daueraufgaben eingesetzt werden. Sie sind – sofern sie nicht zur Deckung von Mehrausgaben nach § 82 GO dienen – zur Reduzierung der Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage, zum Schuldenabbau oder zur Substanzunterhaltung zu verwenden.

Ausfallende Bundes- und Landesmittel werden in Anbetracht der Haushaltssituation grundsätzlich nicht durch die Bereitstellung von städt. Mitteln ausgeglichen, da sich hierdurch die Sanierungsbedarfe weiter erhöhen würden.“

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich - gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion - zugestimmt

9 Stellenpläne

9.1 Stellenplan für das Jahr 2012 0011/2012

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2012 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung zu.

Auf der Grundlage bestehender Ratsbeschlüsse bzw. gesetzlicher Vorgaben ergeben sich für 2012 im Saldo rd. 258 Mehrstellen. Für 2012 sind 505,23 Stellen zusätzlich erforderlich. Hiervon entfallen

309,51 (= rd. 61 %) Stellen auf die Wahrnehmung von Pflichtaufgaben,

39,48 (= rd. 8 %) Stellen auf die Wahrnehmung von Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung und

156,24 (= rd. 31%) Stellen auf die Wahrnehmung freiwilliger Aufgaben.

Demgegenüber werden 247,55 Stellen abgesetzt. Darin sind die Ergebnisse der „Task-Force“ in einem Umfang von 147,91 Stellen enthalten.

Von den 505,23 Mehrstellen sind

231,61 Stellen (= rd. 46 %) in vollem Umfang refinanziert,

90,90 Stellen (= rd. 18 %) teilweise refinanziert und

182,72 Stellen (= rd. 36 %) nicht refinanziert.

Die Mehrstellen unterliegen den vom Rat zur Haushaltsumsetzung beschlossenen Restriktionen einschließlich einer stringenten aufgabenbezogenen Bewirtschaftung analog dem bei den vorhandenen Stellen praktizierten Verfahren.

2. Der Rat nimmt zur Kenntnis,
dass außerhalb des Stellenplanbeschlusses Ziffer 1. ein kalkulierter Risikozuschlag bei den Personalaufwendungen von 7,3 Mio. € um 6 Mio. € auf nunmehr 1,3 Mio. p.a. reduziert wurde.
Diese Maßnahme vermindert die im Februar im Veränderungsnachweis 1 für 2012 noch ausgewiesenen Personalaufwendungen ab 2014. Auf den zwischenzeitlich vorgelegten Veränderungsnachweis 4 wird verwiesen.
3. Der Rat beschließt weiterhin, dass zur Abwehr eines drohenden Nothaushaltes im Finanzzeitraum 2013 bis 2015 keine weiteren Stellen geschaffen werden können. Sollten Stellen für zusätzliche neue unabweisbare Aufgaben nicht durch im Rahmen des Aufgabenabbaus freigesetztes Personal besetzt werden können, ist eine Einrichtung und Besetzung von Stellen nur dann möglich, wenn hierfür nachhaltig finanzierte Sachkosten in Anspruch genommen oder entsprechende Ertragssteigerungen erzielt werden.

Ansonsten bildet der mit dem Stellenplan 2012 ausgewiesene Personalkörper die Ressourcen und Kapazitätsgrenze für den Finanzzeitraum bis einschließlich 2015 ab.

4. Der Rat bekräftigt den einstimmigen Beschluss des AVR vom 10.11.2011 unter Ziff. 5 (TOP 8.1).
„Der Rat der Stadt Köln teilt die Auffassung der Verwaltung, dass ein Zusammenhang zwischen dem aktuellen Krankenstand und möglichen Arbeitsüberlastungen infolge zunehmender Arbeitsverdichtung und Einsparmaßnahmen im Personalbereich wahrscheinlich ist. Aus Sicht des Rates kann deshalb ein weiterer Stellenabbau nur einhergehen mit einem gleichzeitigen Aufgabenabbau oder Standardreduzierungen.“
Zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung bittet der Rat den Oberbürgermeister, dass bei künftigen Ratsbeschlüssen neben der gesicherten Finanzierung auch der Grundsatz beachtet wird, keine weitere Arbeitsverdichtung zuzulassen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich - gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion - zugestimmt

**9.2 Stellenplan der Bühnen der Stadt Köln für das Kalenderjahr 2012
4981/2011**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2012 der Bühnen der Stadt Köln zu.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich - gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion - zugestimmt

**9.3 Stellenplan des Gürzenich-Orchesters Köln für das Kalenderjahr 2012
5141/2011**

Der Ausschussvorsitzende weist darauf hin, dass bei den nachfolgenden Stellenplanvorlagen noch die Beratungen in den Betriebsausschüssen ausstehen und regt an, die Beschlussfassung bis zur nächsten Sitzung des Finanzausschusses zu vertagen.

Beschluss:

Die Beschlussfassung über die Vorlage wird zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.3.1 1. Veränderungsnachweis zum Stellenplan des Gürzenich-Orchesters
Köln für das Kalenderjahr 2012
1718/2012**

Beschluss:

Die Beschlussfassung über die Vorlage wird zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.4 Stellenplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für das Jahr 2012
5212/2011**

Beschluss:

Die Beschlussfassung über die Vorlage wird zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.5 Stellenübersicht und Stellenplan der Beamtinnen und Beamten der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln für das Jahr 2012
5175/2011**

Beschluss:

Die Beschlussfassung über die Vorlage wird zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10 Mündliche Anfragen

mündliche Anfragen wurden nicht gestellt

Der Ausschussvorsitzende schließt die Sitzung.

.....
Börschel
Ausschussvorsitzender

.....
van Husen-Arandela
Schriftführerin